



## **Den Krieg führen – statt als Krise managen**

**Dr. Klaus Olshausen**

**Mai 2024**

### **Zusammenfassung**

---

Die unklaren Erklärungen zum politischen Zweck der Unterstützung der Ukraine haben zur Folge, dass der Krieg nicht gezielt und erfolgreich auf ein gemeinsames Ziel geführt wird. Vielmehr haben die Unterstützer seit Kriegsbeginn diesen russischen Angriffskrieg mit sehr unterschiedlichen Maßnahmen auf das Niveau eines ungenügend gestalteten Krisenmanagements herabgestuft. Sie geben der Ukraine nicht genug, um dem Gewalttäter Paroli zu bieten. Alle Maßnahmen scheinen weiterhin mehr daran orientiert, was man entbehren kann, was ohne Umstellung auf Kriegswirtschaft möglich ist. Und Angst vor Eskalation und innenpolitische Rücksichten verzögern, ja verhindern die Lieferung dringend notwendiger Waffensysteme, aber auch die Bereitstellung hinreichender Logistik. Das nächste Minimum, wenn schon nicht Führung des Krieges, besteht in Zustimmung zur Steuerung militärischer Unterstützung durch die NATO einschließlich eines 100 Mrd. Fond. Und absehbar kann nur eine Einladung der Ukraine zur NATO-Mitgliedschaft beim Gipfeltreffen in Washington Putin politisch in die Defensive bringen und ihm die Spaltungspolitik entreißen. Dieser Krieg endet erst mit einem fairen Frieden, wenn Putin die Unwahrscheinlichkeit und einen zu großen Preis für den Erfolg seines Angriffskrieges (an)erkennt.

### **ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

Blickt man auf die letzten 27 Monate des russischen Angriffskrieges zurück, dann gibt es unterschiedliche Momente der Überraschung, schlimme, ja ungeheuerliche, aber auch hoffnungsvolle und teilweise erfolgreiche.

- + Alle Erwartungen, Putin werde den Angriff nicht wagen, endeten am Morgen des 24. Februar 2022 in einem Albtraum.
- + Dass die Ukraine nicht überrannt und Kiew von den Russen nicht erreicht wurde, führte im Westen zum AHA-Effekt: man muss jetzt (endlich) die Ukraine (graduell) unterstützen.
- + Russische Gräueltaten in Butscha und Irpin zerstoben alle Hoffnungen auf Verhandlungen und Kompromisse.
- + Im Herbst 2022 konnte die Ukraine große Gebiete im Norden und Nordosten wieder befreien.
- + Gleichzeitig begann Russland seinen Hagel von Drohnen, MFK und Raketen, der bis heute andauert und in diesen Wochen einen neuen Höhepunkt erreicht.
- + Dennoch gelang es im Sommer 2022, für ca. ein Jahr eine Vereinbarung über den Transport von Getreide über das Schwarze Meer zu erreichen.

Aber das Wogen des Krieges geht weiter zu Lande, in der Luft, auf dem Wasser sowie in allen hybriden – nicht-kinetischen Feldern. Und in diesen Wochen ergeben personelle und materielle Übergewichte der russischen Streitkräfte Vorteile für den Aggressor zu Lande und in der Luft.

Wenn westliche Staaten seit Beginn der Aggression ständig betonen, dass die Ukraine mit dem aufopfernden Einsatz ihrer Menschen auch „unsere Freiheit“ verteidigt, und wenn alle fordern, dass das expansive Russland Putins gestoppt werden muss, dann muss die Frage erlaubt sein, warum die Unterstützung von NATO- und EU-Staaten sowie weiteren Partnern in einer Art und Weise geschieht, die den Menschen der Ukraine weiteres Leiden zumutet und die Putins Russland nicht zur Aufgabe seiner Aggression bringen, geschweige denn zwingen kann.

Eine Antwort beginnt mit einem Blick auf den Artikel 51 der UN-Charta. Gerade wenn ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates mit Vetorecht und im Besitz von Nuklearwaffen einen Angriffskrieg vom Zaun bricht, muss(t)en alle anderen Staaten dem angegriffenen Staat zu Seite stehen und auf dem Fundament des „naturgegebenen Rechts zur individuellen **und kollektiven** Selbstverteidigung“ aktiv eingreifen. Dieses naturgegebene Recht wurde und wird nicht wahrgenommen, ja die Staaten haben sich sogar abgesprochen, dieses Recht aus politischen Gründen der Selbstabschreckung und wegen Rücksicht auf Stimmungen in der jeweils eigenen Bevölkerung nicht wahrzunehmen.

Offensichtlich waren einige überzeugt, dass man der Ukraine – nach erklärtem Verzicht auf eigenes Eingreifen – sowieso nicht wirksam helfen könne. Eine größere Zahl vertrat die Auffassung, dass mit einzelnen Waffensystemen und begrenzter Logistik die Ukraine sich auf dem Gefechtsfeld mit Erfolg wehren könne. Und wieder andere dachten, dass wirtschaftliche und andere Sanktionen einen diplomatischen Weg – quasi ein künstliches Entwaffnen oder Niederwerfen des russischen Aggressors – zum eigenen Ziel eröffnen.

Das führte dazu, dass zwei wesentliche Einsichten der Kriegführung außer Acht gelassen wurden.

Erstens: wer sich dieser Gewalt rücksichtslos, ohne Schonung des Blutes bedient, bekommt ein Übergewicht, wenn der andere es nicht tut – oder nicht tun kann.



Zweitens ist inzwischen wohl jedem klar, dass Art, Menge und v.a. Zeitablauf der Unterstützung der Ukraine mit Waffensystemen, Ausrüstung, Logistik und Ausbildung gar nicht daran ausgerichtet waren, den Angriff Russlands zurückzuweisen und Putin erfolgreich zu stoppen. Vielmehr gab man, was man glaubte entbehren zu können, was ohne Umstellung von Teilen der Wirtschaft auf Kriegsbedingungen machbar blieb. Und vieles unterblieb zu lange auch, weil man Angst vor Eskalation auf Seiten Russlands hatte. Das galt für die Kampfpanzer, für die Kampfflugzeuge und für weitreichende Waffen wie Marschflugkörper und Raketen.

Die Politik hatte zu hohe Erwartungen, was die Ukraine mit den zusammengestückelten Waffen, Waffensystemen und Ausrüstung leisten kann. Die Regierungen hatten sich von ihren breit gefächerten, zu wenigen kriegsrischen Mitteln und Maßregeln Wirkungen versprochen, die ihrer Natur und Zusammensetzung nicht entsprachen.

So kann heute festgestellt werden, dass Selbstabschreckung und innenpolitische Rücksichten die Einsichten in eine erfolgreiche Kriegführung vernebelten. Es wurden Dinge angeordnet – aber auch unterlassen, die der Absicht, Russlands Angriff zu stoppen, nicht entsprachen.

Im dritten Jahr reift die Erkenntnis, dass die Luftverteidigung gegen den russischen Raketenhagel aktiv unterstützt werden muss. Und die amerikanische Administration scheint aufgrund der Ereignisse an der Grenze und um Charkiw endlich bereit zu sein, dass ihre Waffensysteme, auch die ATACMs, gegen militärische Ziele in Russland eingesetzt werden. Denn nur so kann die Kräftezufuhr der Russen rund um Belgorod reduziert oder zerschlagen werden.

Beide Überlegungen lehnt Bundeskanzler Scholz strikt ab. Er schmäht seriöse Vertreter mit einer respektlosen Wortwahl. Sie hätten, so der Kanzler am Pfingstsonntag, Schaum vor dem Mund und keine Vernunft. Seine der Selbstabschreckung, also Angst, und innenpolitischen Rücksichten geschuldete Besonnenheit (wie eine Monstranz) zeigt, dass er nicht willens und in der Lage ist, das von ihm selbst häufiger ausgesprochene Ziel: „Die Russen müssen sich aus der Ukraine zurückziehen“, mit den notwendigen Mitteln und Maßnahmen für eine erfolgreiche Kriegführung der Ukraine auszustatten.

Sein zweites Mantra: „Wir unterstützen die Ukraine, aber wir werden nicht Kriegspartei“, hat mit zu der schwierigen Lage der Ukraine in diesem Frühjahr beigetragen. Um aus dieser Lage herauszukommen und eine erfolgreichere Kriegführung mit und für die Ukraine zu erreichen, muss der Vorschlag von NATO-Generalsekretär Stoltenberg, die militärische Unterstützung durch die NATO zu führen und dafür einen Fond von 100 Mrd. EURO bereitzustellen, schnell verabschiedet werden.

Und politisch kommt es darauf an, beim NATO-Gipfel in Washington die Ukraine zur Mitgliedschaft einzuladen. Jedes Aufschieben wird Putin nutzen, politische Spaltpilze – auch in Deutschland – zu stärken, um erneut die NATO-Mitgliedschaft wie seit 2008 hinauszuschieben und so seinen eigenen politischen und militärischen Aktionsradius zu verbessern. Dieser Krieg endet erst mit einem fairen Frieden, wenn Putin die Unwahrscheinlichkeit und einen zu großen Preis für den Erfolg seines Angriffskrieges (an)erkennt.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



## Über den Autor dieses Beitrags

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



*Klaus Olshausen*